

*Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann  
Fraktion CDU/FDP/Bund für Magdeburg  
im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*



Rede des Alterspräsidenten anlässlich der  
Konstituierung des Stadtrates der VI. Wahlperiode am 10. Juli 2014  
Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Beigeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Gäste und Medienvertreter,

ich betrachte es für mich als eine Ehre, diese erste Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg der VI. Wahlperiode teilweise leiten zu dürfen.

Bei den Magdeburgerinnen und Magdeburgern möchte ich mich an dieser Stelle auch im Namen meiner Stadtratskolleginnen und -Kollegen für das durch die Wahl zum Stadtparlament ausgesprochene Vertrauen bedanken. Wir werden alles daran setzen dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Gleichzeitig bietet sich die Gelegenheit, und es ist auch für den „Alterspräsidenten“ üblich, aus der Erfahrung einer für mich bisher 10-jährigen Tätigkeit im Stadtrat der Landeshauptstadt ein Resümee zu ziehen, einige Wünsche und Anregungen für die zukünftige Arbeit zu geben und auf die letzte Kommunalwahl einzugehen.

In dieser Zeit meiner Tätigkeit im Stadtrat der Landeshauptstadt bin ich um einige Erfahrungen reicher geworden, habe gelernt, wie Politik funktioniert und dass nicht alle Vorstellungen, auch wenn sie noch so gut gemeint sein mögen, umsetzbar sind.

Es sind mir in der bisherigen Arbeit im Stadtrat auch einige Illusionen, die praktische Politik betreffend, genommen worden. Die Parlamente unserer Republik, sei es in der Kommune, dem Land oder auch im Bund, sollten, so ist meine Sicht der Dinge, die Bürger, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit widerspiegeln. Alle Bevölkerungsschichten, Vertreter möglichst vieler Berufsgruppen und Organisationen sollten in den Parlamenten mitarbeiten und mitbestimmen. Das ist landesweit leider nicht der Fall.

Es gelingt uns ganz einfach nicht in ausreichendem Maße, die Bevölkerung, die so oft eingeforderte Bürgerbeteiligung, auch in diese politischen Bahnen zu lenken und eine aktive Mitarbeit in den politischen Gremien zu bewirken.

Wir alle müssen in den kommenden Jahren durch die Mitnahme, für uns der Bürger unserer Stadt, versuchen, diese breitere Bürgerbeteiligung zu erreichen, um so auch eine höhere Wahlbeteiligung zu bekommen und das Interesse an der aktiven Politik zu erhöhen. Die Bringschuld sehe ich dabei in erster Linie bei uns, bei den Politikern, die die Bürger ansprechen, interessieren, mitnehmen, vielleicht sogar für diese Arbeit begeistern müssen.

Für uns als Kommunalpolitiker stehen dabei mehr die Sachthemen, die Lösungen vor Ort im Fokus, weniger die Parteipolitik und die Ideologien.

In dem Zusammenhang möchte ich an die Fähigkeit meiner Stadtratskollegen/ innen appellieren, bei den sicher zu erwartenden Problemdiskussionen zu den in der vor uns liegenden Wahlperiode, auf die anderen Sichten und Argumente einzugehen, tolerant und einsichtig zu sein.

Es gibt nicht die allein selig machende Weisheit und Wahrheit. Auch andere haben mitunter gute Gedanken, Ideen und Lösungsvarianten. Das sollte von allen anerkannt und respektiert werden.

In der Vergangenheit waren Diskussionen und Wortbeiträge in ihrer gesamten Länge und Breite in manchen Fällen schon grenzwertig. Natürlich ist eine lebhafte Debatte im Plenum das Salz in der Suppe der politischen Arbeit. Es kommt darauf an, lebhaft zu diskutieren, sachlich zu argumentieren und nicht, wie mitunter festzustellen war, ellenlang zu schwadronieren.

Und wenn wir selbstkritisch und zu uns selbst ehrlich sind, ist ein gewisses Maß an Selbstdarstellung nicht selten ein Motiv unserer Öffentlichkeitsarbeit, unserer öffentlichen Debatten. Einige der Viel- und Langredner sollten sich daher fragen, ob die Beiträge immer zur richtigen Zeit, an der rechten Stelle und in dieser Ausführlichkeit und Form notwendig und angebracht waren. Weniger Reden ist manchmal mehr.

Aus meiner Sicht wird die Arbeit der Verwaltung mitunter zu Unrecht kritisiert. Der ein oder andere Stadtrat hat in der Vergangenheit sogar von einer Verwaltungsdiktatur gesprochen. Ganz so sehe ich das nicht, wenn es manchmal auch nicht einfach ist, Entscheidungen des Stadtrates gegen Teile der Verwaltung zu beschließen und diese Beschlüsse dann durch- und umzusetzen. Es kommt im Interesse unserer Landeshauptstadt darauf an zu überlegen, wie Probleme gelöst werden können, welche Mittel und Wege erforderlich sind, um Lösungen zu finden und nicht, warum etwas nicht geht.

Das ist stets eine gemeinsame Aufgabe des Stadtrates und vor allem der Verwaltung, einschließlich des OBs.

Bei allen Wünschen und Vorstellungen über die Optimierung der Lebensumstände in unsrer Stadt ist es erforderlich, die Machbarkeit, die Möglichkeiten der Realisierung von Verbesserungen und Veränderungen zu bedenken. Wie im wahren Leben hat alles seinen Preis.

Und alles, was realisiert werden soll, muss finanziert, erarbeitet, verdient oder organisiert werden. Deshalb kommen wir nicht darum herum, mitunter Kompromisse zu schließen oder auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Das müssen wir noch besser kommunizieren. Zukünftig gilt es in umfassenderem Maße als bisher, bei Entscheidungen, z.B. beim Natur- und Umweltschutz, die langfristigen Auswirkungen und finanziellen Folgen stärker zu beachten. Vieles ist wünschenswert, aber nicht alle Wünsche sind erfüllbar. Mitunter ist das auch gut so, denn sonst wären wir alle wunschlos glücklich. Und wer kann und möchte sich das schon vorstellen.

Ein Appell an die Landesregierung sei noch gestattet: Nach meiner Meinung ist stets die Landeshauptstadt das politische, kulturelle, organisatorische und wissenschaftliche Zentrum des Landes. Das gilt aus meiner Sicht übrigens auch für den Bund.

Die Entscheidung für die Landeshauptstadt ist vor Jahren in einem demokratischen Prozess gefällt worden. Aber bis heute kann man sich des Eindrucks nicht immer erwehren, dass einige Entscheidungsträger damit ein Problem haben. Die Landeshauptstadt ist das Aushängeschild des Landes und so wie diese wahrgenommen wird, wie sie sich entwickelt, wird auch das Land überregional realisiert. Eine gesunde Konkurrenz, ein Wettstreit der Oberzentren, bringt alle voran, nicht aber eine Übervorteilung oder Benachteiligung des einen auf Kosten des anderen. Es muss Chancengleichheit herrschen.

Unser Land, unsere Stadt haben sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. An dieser guten Entwicklung haben viele mitgewirkt, haben viele einen Anteil.

Darauf können wir selbstbewusst und stolz sein. Deshalb verwundert es mich, wenn es Menschen in unserer Stadt gibt, die das nicht sehen, vielleicht auch nicht anerkennen und realisieren können oder wollen.

Wir können mit Selbstbewusstsein und Stolz auf die Ergebnisse der Arbeit der letzten Jahre verweisen, die Ergebnisse, an denen alle Magdeburger ihren Anteil haben. Nichtsdestotrotz bleibt noch vieles zu tun, gibt es noch jede Menge Wünsche, z.B.:

- es ist trotz der erkennbaren Erfolge in der zurückliegenden Zeit notwendig, die Landeshauptstadt noch attraktiver für Ansiedlungen und Investoren zu machen,
- wir brauchen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze,
- es sollen mehr Kinder geboren werden und wir wollen, dass unsere Stadt kinderfreundlich bleibt,
- die A 14 ist unbedingt notwendig,
- der ICE-Anschluss muss wieder hergestellt werden,
- es ist essentiell die Hochschulen zu stärken, auszubauen und weiter zu entwickeln,
- viele Magdeburger wünschen sich, dass der 1.FCM aufsteigt, worauf die Politik leider oder besser Gott sei Dank, keinen Einfluss hat,
- natürlich muss auch unser Engagement gegen jede Form des rechten und linken Extremismus fortgeführt werden.

Die Wunschliste ist sehr lang.

Zur Bewältigung aller unserer Aufgaben, zur Lösung der vor uns liegenden Probleme, sollten wir uns vor allem auf kommunalpolitischer Ebene immer bewusst sein, dass die Liebe zu unserer Heimatstadt alle Parteigrenzen übertreffen muss.

Dazu brauchen wir alle Magdeburger und vielleicht auch die Hilfe und Unterstützung der Mitbürger, die jetzt nicht mehr in Magdeburg, sondern in anderen Städten und Gemeinden im In- und Ausland leben.

Lasst uns gemeinsam mit allen Magdeburgerinnen und Magdeburgern die vor uns liegenden Aufgaben und Probleme lösen.

Es muss uns gelingen, alle mitzunehmen, wir dürfen auf keinen verzichten.

Wir sind gegen niemanden, aber wir sind immer für Magdeburg

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.